

Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Mag. Edmund Freibauer

St. Pölten, am 22. Dezember 2005

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl betreffend NÖ Sendeanlagenabgabegesetz (Handymasten-Steuer) – Inseratschaltungen auf Kosten der Steuerzahler eingebracht am 10.11.2005 unter Ltg.-525/A-4/104-2005, darf ich nachstehendes mitteilen:

Am 30. Juni 2005 beschloss der NÖ Landtag das NÖ Sendeanlagenabgabegesetz als Lenkungsabgabe zur Eindämmung des Wildwuchses von Sendemasten auf niederösterreichischem Landesgebiet. Zielrichtung war die Schonung der Landschaft und die Sicherung der Lebensqualität der niederösterreichischen Bevölkerung. In Folge dieses Beschlusses kam es zu einer landesweiten öffentlichen Diskussion, die sich auf österreichische und sogar auf europäische Ebene ausdehnte. Die Grünen und die Freiheitliche Partei stellten sich von Anfang an gegen den Landtagsbeschluss und betrieben in dieser Frage eine massive öffentliche Kampagne, die aus der NÖ Interessenslage höchst bedenklich und kontraproduktiv zu sehen war. Vor diesem Hintergrund fanden äußerst komplexe Verhandlungen mit den Netzbetreibern statt, mit dem Ziel, im Interesse von Landschaft und Bevölkerung ordnungspolitische Vereinbarungen zu treffen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen waren drei Punkte: 1. Reduktion einzeln genutzter Maststandorte, 2. gemeinsame Nutzung von bestehenden und neu zu errichtenden Standorten für Mobilfunkstationen, 3. Weitergabe von Effizienzgewinnen an die Konsumenten durch Gebührensenkung. Mittlerweile ist aus diesem NÖ Mobilfunkpakt ein Modell für Europa geworden.

Die Bevölkerung hatte nach einer monatelangen Diskussion Anspruch auf Information über das Ergebnis der von mir geführten Verhandlungen. Diese wurde in einer Pressekonferenz mit den Netzbetreibern unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen sowie der Einschaltung von Informationen in den Medien aus dem budgetierten und vom NÖ Landtag im Voranschlag genehmigten Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit finanziert.

Unter Berücksichtigung einschlägiger datenschutzrechtlicher Vorgaben werden die einzelnen Fragen wie folgt beantwortet.

1. Wie viel an Einzelmaßnahmen, wie Plakate, Folder, Inserate, bezahlte Anzeigen, Veranstaltungen etc. wurden seit dem Beginn der Diskussion bis jetzt von der NÖ Landesregierung in Auftrag gegeben?

Das Amt der NÖ Landesregierung hat zum Thema „Sendemasten“ während der Diskussion um das Sendeanlagenabgabegesetz keine PR/Werbemaßnahmen gesetzt. Auf Grund der Einigung in der Nacht vom 27. auf 28. Oktober 2005 und Abschluss des Mobilfunkpaktes NÖ wurde die Lösung zur Frage der Sendemastenabgabe in Inseraten und Plakaten veröffentlicht.

2. Wie viel haben insgesamt die unter Punkt 1. angeführten Maßnahmen den niederösterreichischen Steuerzahler gekostet?

Das Sujet „Mobilfunkpakt“ ist in den folgenden Medien erschienen:

	Datum	Farbzuschlag 4c	Platzierungs- zuschlag
Kurier	31.10.	nein	ja
Kurier	01.11.	nein	ja
Krone	31.10.	ja	ja
Standard	31.10.	ja	nein
Wirtschaftsblatt	02.11.	nein	nein
News	03.11.	nein	nein
Format	04.11.	nein	nein
Profil	07.11.	nein	ja

Die Sujets „Weniger Sendemasten“, „Günstiger Telefonieren“ und „Verantwortung setzt sich durch“ sind in den folgenden Medien erschienen:

Medium	Datum	Farbzuschlag 4c	Platzierungs- zuschlag	Frequenz
Kurier Stamm	01.11.	nein	ja	4
Kurier NÖ	06.11.	nein	ja	3
Kurier NÖ	02.11.	nein	ja	4
Kurier NÖ	04.11.	nein	ja	4
Krone Stamm	01.11.	nein	ja	3
Krone Stamm	06.11.	nein	ja	3
Krone NÖ	02.11.	nein	ja	3
Krone NÖ	04.11.	nein	ja	2
NÖN	07.11.	ja	ja	3
Kl.Klosterneub	10.11.	nein	nein	3
Bezirksnachr.	23.11.	nein	nein	3
Bezirksjournal	21.11.	nein	nein	3
Rundblick	05.12.	nein	nein	3
Bauernzeitung	10.11.	nein	nein	3
NÖ Gemeinde	14.11.	nein	nein	3
KommunalMag	25.11.	ja	nein	3

Das Sujet „Modell NÖ“ ist in den folgenden Medien erschienen:

Medium	Datum	Farb4c	Platz
News	10.11.	nein	nein
Format	11.11.	nein	nein
Profil	14.11.	nein	nein
Lebensart	28.11.	nein	nein
Landeshauptstadt	30.11.	nein	nein
Volkspresse	15.12.	nein	nein

Die beiden Plakat-Sujets „Weniger Sendemasten. Mehr Lebensqualität“ und „Weniger Sendemasten. Günstiger Telefonieren“ sind im Zeitraum 11. November bis 11. Dezember 2005 in Wien und Niederösterreich affiziert.

Medium	Datum	Format (bxh)	Frequenz
Plakat (2 Sujets)	11.11.- 11.12.05	24-Bg	1.103

Die Einschaltungen wurden zu den jeweiligen Fixtarifen der Medien getätigt.

Die Plakataktion wurde in der Sitzung der NÖ Landesregierung am 8. November 2005 beschlossen.

3. Wie viel jede einzelne Maßnahme selbst und in welchem Medium wurden diese geschaltet?

Siehe Anfragebeantwortung Punkt 2

4. Warum hat die NÖ Landesregierung für dieses Maßnahmenpaket den Steuerzahler belastet?

Die Mittel für die Infoschaltungen sind in dem vom Landtag für das Jahr 2005 genehmigten Voranschlag unter Voranschlagsstelle 1/0210 (Informationsdienst) budgetiert und wurden dort verbucht.

Die gesamte Kampagne wurde somit ausschließlich im Rahmen der jährlich geplanten Werbekampagne und der Budgetplanung realisiert.

5. Von wem wurden die Inserate in den Tageszeitungen mit der Präsentation des Mobilfunkpaktes und der Abbildung der fünf Betreiber und Landeshauptmann Pröll bezahlt bzw. stimmt es, dass es eine Forderung von Ihnen als Landeshauptmann war, dass diese Inserate durch die Mobilfunkbetreiber zu bezahlen sind?

Dieses Inserat war Teil der Informationsschiene des Landes für die durch massive öffentliche Agitation (FP-Unterschriftenaktion) verunsicherten NÖ Bevölkerung und wurde mit den Netzbetreibern abgestimmt. Die Beauftragung und Kostenübernahme erfolgte durch die laut Geschäftseinteilung zuständige Dienststelle des Amtes der NÖ Landesregierung im Rahmen des bestehenden Agenturvertrages. Die Kostenübernahme durch die Netzbetreiber war keine Forderung oder Bedingung.

6. Sehen Sie als Landeshauptmann von Niederösterreich es als gerechtfertigt, dass die Landesregierung zur Beschlussfassung eines Gesetzes und in der Folge das Aufheben dieses Gesetzes vor In-Kraft-Treten mit öffentlichen Steuergeldern

bewirbt? Wenn ja, was ist der Grund für solche Steuergeld vernichtenden Maßnahmen?

Das Thema „Handymastensteuer“ stand monatelang im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen in Niederösterreich und auch über die Grenzen des Landes hinaus. Die Landesbürger haben ein Recht darauf, darüber informiert zu werden, wie die Lösung zu diesem Thema aussieht. Mit einem Plakat sowie Informationsschaltungen wurde der Pflicht gegenüber der Bevölkerung Rechnung getragen, volle Information über die Lösung zu erhalten.

Mit besten Grüßen

Dein Erwin Pröll eh.